

Grüne / Linke

Rede zum Haushalt 2016

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Keck,
sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister Allgaier,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Gütler,
verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

nach den schrecklichen Ereignissen, die letzte Woche in Paris passiert sind, ist es nicht einfach, zur Tagesordnung überzugehen. Wir möchten deshalb zuerst allen Menschen in Paris, allen Bürgerinnen und Bürgern unserer Partnerstadt Villeneuve Saint-Georges und vor allem den Angehörigen und Hinterbliebenen der Opfer, unser tiefstes Mitgefühl aussprechen.

Wir sind der Überzeugung, dass wir alle zusammenstehen müssen gegen diesen unmenschlichen Terror.

Und mit alle meinen wir nicht nur alle deutschen Bürgerinnen und Bürger, da meinen wir nicht nur alle Europäerinnen und Europäer, da meinen wir nicht nur die westliche Welt.

Nein, mit alle meinen wir auch die Menschen, die auf der Flucht vor Krieg, Terror und Tod täglich zu uns finden.

Ihnen in der Not zu helfen, ihnen eine Perspektive für die Zukunft zu bieten, gebietet uns die Menschlichkeit und unser Selbstverständnis von einem Leben in Freiheit und Frieden.

Deshalb erteilen wir all denjenigen, die unter dem Deckmantel der Terrorgefahr die Errungenschaften und Werte unseres Grundgesetzes aushebeln wollen, eine deutliche Absage.

Flüchtlingspolitik

Lassen Sie mich einige Worte zur Flüchtlingspolitik in Kornwestheim sagen:

Sehr viele Dinge hat Frau Oberbürgermeisterin Keck in ihrer Haushaltsrede bereits angesprochen und an einigen Stellen bereits mögliche Lösungen skizziert.

Ich bin ihr für die sehr sachliche Beschreibung der Handlungsfelder und die sich daraus ergebenden Herausforderungen dankbar.

Wir sehen, dass die Verwaltung schon sehr viel durchdacht hat und wir hier kurzfristig handlungsfähig sind.

Im Namen meiner Fraktion möchte ich der Verwaltung unsere volle Unterstützung bei der Bewältigung dieser Aufgaben zusichern. Das gilt selbstverständlich auch für die im Fachbereich 2 zu schaffende Stelle, die die Maßnahmen zur Integration konzeptionell entwickelt und koordiniert.

Allerdings möchten wir auf weitere Aspekte hinweisen und diese in die Haushaltsberatungen einbringen.

Wir legen Wert darauf, dass das Konzept zur Schaffung von Einfachstwohnungen und Obdachlosenunterkünften umgesetzt wird. Vor dem Hintergrund der anstehenden Anschlussunterbringungen wächst seine Bedeutung noch. Abweichend vom ursprünglichen Konzept glauben wir, dass die Häuser in der Aldinger Straße länger genutzt werden müssen.

Das bedeutet aber auch, dass wir in diesen Häusern genauso wie in den Unterkünften in der Heinkelstraße Sanierungsarbeiten durchführen müssen.

Leider konnten wir im Haushaltsentwurf keine Mittel dafür finden.

An dieser Stelle möchte ich auch davor warnen, die Städtische Wohnbau zu überfordern.

Die Aufgabe für ausreichend sozial geförderten Wohnungsbau, für genügend Obdachlosenunterkünfte und Einfachstwohnungen zu sorgen, darf nicht komplett bei der Städtischen Wohnbau abgeladen werden.

Diese Aufgabe ist nach unserer Auffassung in Teilen eine hoheitliche Aufgabe der Stadt.

Durch eigene Mittelbereitstellungen, z. B. für Wohnheime und durch klare Vorgaben, was den sozial geförderten Wohnungsbau betrifft, kann diese Aufgabe durchaus erfüllt werden.

Für uns ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Wohnbau weiterhin Kapazitäten hat, die Stadtentwicklung zu unterstützen.

Leider wurde unser Arbeitsauftrag zur Erstellung eines Immobilienmanagementkonzepts aus dem letzten Jahr nach wie vor nicht fertiggestellt.

Hier könnten nämlich Anreize und Verpflichtungen für private Investoren geschaffen werden.

Finanzsituation

Wenn der Haushaltsplanentwurf eingebracht wird, stelle ich mir immer die Frage nach einer Überschrift.

Für 2016 würde ich vorschlagen „Das Jahr 1 nach der Kür“!

Ja, es ist in der Tat so, dass wir unser Pflichtprogramm – im Gegensatz zu den meisten anderen Kommunen - erst nach der Kür angehen.

Und auf einmal reift die Erkenntnis, dass die eine oder andere Million zuviel ausgegeben wurde, dass wir einen Sanierungsstau haben, dass wir das Thema Haushalt und Personal strategisch angehen müssen ...

Das erinnert in gewisser Weise an die Deutsche Bahn:
Die kommt auch an, aber leider meistens verspätet.

Dem Ansinnen, die Haushaltskonsolidierung und die Personalstrategie durch externe Unterstützung voranzutreiben, stehen wir durchaus skeptisch gegenüber.

Sehr schnell wird so etwas zu einer Alibi-Aktivität, die nach dem ersten Projekt immer weiter Geld für Folgeprojekte verschlingt.

Ich glaube, wir könnten das durchaus alleine schaffen, wenn wir denn wollten.

Hier möchte ich daran erinnern, dass wir bereits Ende 2012 strategische Ziele zur Haushaltskonsolidierung verabschiedet haben. Trotz mehrmaliger Aufforderung an die Verwaltung, diese Ziele zu operationalisieren, ist nichts geschehen, außer....
... außer, das sie dieses Jahr aus dem Haushaltsplan entfernt wurden.

Im Personalbereich können bis heute Fragen nach Basiskennzahlen nicht oder nur ungenügend beantwortet werden. Uns stellt sich da die Frage, ob und wie man auf dieser Grundlage eine Strategie ausarbeiten will.

Wir erwarten deshalb schon noch weitere detaillierte Informationen, was den Inhalt dieser Unterstützung angeht und wie die Verwaltung mit den Ergebnissen umzugehen gedenkt.

Wir haben in 2016 zum vierten Mal in Folge einen negativen Ergebnishaushalt. Das betone ich deshalb, weil wir jetzt zum ersten Mal die Generationenungerechtigkeit unseres Haushalts schwarz auf weiß sehen werden.

Wir müssen nämlich in der Bilanz die Verluste aus 2013 realisieren, d. h. unser Basisvermögen reduziert sich tatsächlich.

Nach der vorliegenden Finanzplanung befinden wir uns nach wie vor auf einer rasanten Talfahrt.

Vielleicht gibt uns der „Gegenhang 2017“ etwas Luft zum Atmen, aber danach geht es leider noch steiler bergab.

Deshalb fordern wir die Verwaltung auf, uns die Chancen und Risiken eines Doppelhaushalts für die Jahre 2017/2018 in einer Beschlussvorlage darzustellen.

Zwei Punkte, die aus meiner Sicht für einen Doppelhaushalt sprechen, möchte ich erläutern:

1. Der Aufwand für die Haushaltserstellung wird in der gesamten Verwaltung in 2017 deutlich geringer sein. Dadurch kann das dringend benötigte Kennzahlensystem im Haus, ohne Überlastung der Mitarbeiter oder durch Externe, etabliert werden.
2. Diese beiden Jahre bieten sich durch ihre Unterschiedlichkeit geradezu an. Das positive Ergebnis 2017 wird durch das Defizit 2018 deutlich überschritten. In einer gemeinsamen Betrachtung beider Jahre fällt es sicher leichter die notwendigen Maßnahmen für einen Haushaltsausgleich zu ergreifen.

Damit der Gemeinderat die Entscheidung rechtzeitig treffen kann, müssen die Beratungen im 1. Quartal 2015 beginnen.

Des Weiteren bitten wir die Verwaltung, uns in den nächsten drei Wochen die Gründe darzulegen, warum für die hoheitlichen Aufgaben bei Obdachlosen- und Flüchtlingsunterbringung, die Städtische Wohnbau herangezogen werden soll. Auch die Stadt kann Kredite aus dem KFW-Programm mit 0 % Zinsen aufnehmen und die notwendigen Gebäude erstellen.

Die bisherigen Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung waren nicht wirklich erfolgreich.

Betrachten wir bei den 1,5 Millionen Euro, die als Ergebnisverbesserung ausgewiesen sind, die größten Posten (immerhin 75 % dieses Betrags):

- Eingespart werden 400.000 Euro beim Gebäudeunterhaltungsprogramm. Dass die Verschleppung von dringenden Sanierungsmaßnahmen nicht nachhaltig ist, sehen wir bei der Pflugfelder Brücke.
- Die Einsparungen beim Hort sind eigentlich nur eine Umverteilung in den Ganzttag Plus.
- Und dann kommen schon die Gebührenerhöhungen im Kita-Bereich sowie Steuererhöhungen mit ebenfalls ca. 400.000 TEuro.

Das war nicht Ziel der Haushaltsausschüsse. Jedenfalls war es nach meinem Verständnis nicht Ziel der Haushaltsausschüsse.

Dass jetzt weitere Handlungsfelder für die interkommunale Zusammenarbeit mit Ludwigsburg geprüft und untersucht werden, halten wir für einen vernünftigen Ansatz. Allerdings erwarten wir hier keine finanzielle Wunderheilung für unseren Haushalt, sondern mittelfristig allenfalls ein paar Pflaster.

Kurzfristig sehen wir durchaus Synergiepotential bei der Wirtschaftsförderung und dem Stadtmarketingverein. Dieses Thema werden wir sicher auf die Agenda setzen.

Als sofortige Einsparung können wir uns die Reduzierung des Zuschusses für Stadtmarketing um 15 % gegenüber 2015 vorstellen.

Warum 15 %?

In ihrer Rede hat Frau Oberbürgermeisterin Keck diese Zahl als Beitrag der Sport- und Kulturvereine zur Haushaltskonsolidierung genannt. Es ist also ein Gebot der Gleichbehandlung.

Bei der Wirtschaftsförderung wollen wir auf einige Veranstaltungen verzichten. Ganz oben steht dabei die teure Wirtschaftskultour.

Um ihnen ein Gefühl für die Verhältnisse zu geben:

Einmal Wirtschaftskultour kostet mehr als zehn Jahre Mitgliedschaft im LEV Ludwigsburg, dem Landschaftserhaltungsverband.

Investitionspolitik

Kommen wir jetzt zum investiven Teil des Haushalts. Hier haben wir bei der Einbringung doch etwas gestaunt.

Da wird mir nichts dir nichts eine Brücke stillgelegt, damit wir eine Schule ausbauen können!

Im Prinzip deckt sich das ja mit unserer Priorität „Bildung zuerst“, aber ...

Aber, es gibt ein sehr Großes aber:

- Wir haben keine Kenntnis über das Verkehrsgutachten zur Brückenstilllegung,
- wir haben keine Kenntnis über die Folgekosten einer Stilllegung,
- wir haben keine Kenntnis, woher die Kostenexplosion kommt!

Damit nicht genug:

- Wir haben keine Kenntnis über den Raumbedarf der Philipp-Matthäus-Hahn Schule,
- wir haben keine Kenntnis, welche Bau-Variante umgesetzt werden soll,
- wir haben nicht mal Kenntnis über die Varianten!

Liebe Leute, es wird doch unter diesen Bedingungen niemand ernsthaft erwarten, dass wir da dem Haushaltsentwurf zustimmen können.

Hier geht es um Millionen, um die größte Investition der nächsten Jahre und der Gemeinderat soll das dann einfach unter Zeitdruck abnicken?

Diese Vorgehensweise der Verwaltung ist meines Erachtens nicht akzeptabel.

Wir erwarten sehr, sehr kurzfristig belastbare Details.

Und noch eins: Innerhalb von acht Tagen kann eine Entscheidung dieser Größenordnung sicher nicht seriös getroffen werden.

Bildungspolitik

Bildung ist bei uns nach wie vor ganz oben auf der Agenda.

Wir wollen einen zügigen und angemessenen Ausbau der Bildungseinrichtungen sowohl im Ganztags wie auch bei den weiterführenden Schulen. Hier ist aktuell vorrangig die Philipp-Matthäus-Hahn Gemeinschaftsschule zu erweitern.

Folgende Punkte sind uns im Entwurf aufgefallen, die uns gar nicht gefallen:

- Zwar sind Mittel für die Mensa Silcherschule eingeplant, aber wir vermissen im Finanzplan Mittel für die Turnhalle der Schule. Wir sind bisher davon ausgegangen, dass in 2017 die Turnhalle saniert oder erneuert wird.
Eine andere Beschlusslage ist uns nicht bekannt? Hier hätten wir gerne nähere Informationen.

- Ebenfalls nicht ersichtlich ist für uns der weitere Ausbau der Kita-Plätze. Auch hier hätten wir gerne die Ausbauplanung gesehen.
- Sanitäre Einrichtungen in den Schulen stehen anscheinend kaum zur Sanierung an. Gibt es hier tatsächlich keinen Bedarf?

Positiv ist allerdings, und das möchte ich an dieser Stelle erwähnen, dass in 2016 tatsächlich einige Schallschutzdecken in den Kindertagesstätten eingebaut werden. Das wurde uns auf Nachfrage auch explizit und verbindlich zugesagt.

Mobilitätskonzept

Leider konnten bisher keine abschließenden Empfehlungen ausgesprochen und im Gemeinderat diskutiert werden. Allerdings gab es deutliche Signale aus der Arbeitsgruppe, dass zur Verbesserung der Radwege ein gewisser Betrag zur Verfügung gestellt werden sollte. Wir sind der Meinung, dass wir diesen Impuls in die Haushaltsberatungen aufnehmen können.

Flächenpolitik

In den nächsten Wochen werden wir uns auch mit dem Flächennutzungsplan 2030 auseinandersetzen. Wir denken, dass die im Entwurf ausgewiesenen Flächen für

Wohnbebauung maßvoll sind und in den nächsten Jahren bedarfsgerecht entwickelt werden können.

Bei den Gewerbegebieten sieht das allerdings etwas anders aus. Hier werden im Entwurf unnötig viele Flächen ausgewiesen. Das kritisieren wir nicht nur aus ökologischen Gründen oder in Bezug auf den Erhalt landwirtschaftlicher Fläche, sondern es ist auch unter finanziellen Aspekten nicht besonders klug.

Mit der Ausweisung werden die Flächen sofort erheblich teurer. Die Stadt als größter Grundstückserwerber trägt ein erhebliches Risiko. Sie muss in eine Vorfinanzierung für Gewerbegebiete gehen, die es möglicherweise nie gibt.

Um das erklärte Ziel „Anzahl Arbeitsplätze = Anzahl sozialversicherungspflichtige Beschäftigte zu erreichen“ wäre die Ausweisung von 15 ha vollkommen ausreichend. Deshalb werden wir uns für eine deutliche Verkleinerung des Gewerbegebiets Südwest einsetzen. Diese Fläche ist das ökologisch wertvollste Gebiet und muss deshalb erhalten bleiben.

An dieser Stelle kündige ich schon mal einen gemeinsamen Antrag für freiwillige Naturschutzmassnahmen in Höhe von 10 TEuro an. Denn auf Dauer ist es nicht ausreichend immer nur den Flächenverbrauch auszugleichen - wir wollen eine qualitative Verbesserung erreichen.

Mitarbeiter

Qualität ist auch das Stichwort um mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Stadtkonzerns für ihre sehr gute Arbeit und ihren Einsatz zu bedanken.

Auch wenn es hin und wieder Kritik seitens des Gemeinderats gibt, ändert das nichts an der Wertschätzung für sie persönlich und für ihre Arbeit.

Meines Erachtens ist Wertschätzung aber auch ein sehr wichtiger Aspekt zwischen Führungskraft und Mitarbeiter. Deshalb freut es mich, dass hier der interne Handlungsbedarf erkannt und mit den Führungsleitlinien adressiert wurde.

Für den Erfolg der Leitlinien ist es jetzt wichtig, dass diese an der Spitze vorgelebt werden. Sonst wird dieses Papier in der Praxis ganz schnell zur Theorie.

Fazit

Zusammenfassend können wir feststellen, dass doch noch einige Fragen im Haushaltsplanentwurf 2016 offen sind. Für angekündigte Maßnahmen finden sich weder im städtischen Haushalt noch im Wirtschaftsplan der Wohnbau finanzielle Mittel.

Bei der Verabschiedung eines Haushalts muss Gründlichkeit vor Schnelligkeit gehen. Deshalb müssen wir uns jetzt ausreichend Zeit nehmen und uns die offenen Punkte durch die Verwaltung erläutern lassen.

Sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen,

für die kommenden Haushaltsberatungen und für das Jahr 2016 wünsche und erhoffe ich mir weiterhin eine sachliche und offene Zusammenarbeit.

Eine Zusammenarbeit bei der wir auch ein Nein des Anderen akzeptieren. Über dieses Nein wurde sicher genauso intensiv nachgedacht wie über das eigene Ja.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.